

PROTOKOLL

der 28. öffentlichen Sitzung des Ausländerbeirats der Stadt Karben

am 14. Juli 2014, um 20:00 Uhr

im Bürgerzentrum Karben, Clubraum II

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: ca. 22.10 Uhr

Anwesend:

Jetty Sabandar
Ekaterini Giannakaki
Maria Wittich
Mirjana Radenkovic

Entschuldigt:

Reza Pirwayssian
Diver Torres
Ellen Benölken (DGB)
Gerhild Brüning (DAF)
Frau Zobeley (SPD)

Gäste:

Gisela Münch
Massood Javed (Ahmadiyya Gemeinde)
Herr Feyl (StV FDP)
Daniel Intope
Elke Wojner (SPD)

Schriftführerin:

Ekaterini Giannakaki

Tagesordnung:

TO-Punkt 1:

Begrüßung

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit.
Zur Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 22.05.14 wird auf §5 Abs., 2 der Geschäftsordnung hingewiesen.

Frau Sabandar begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 28. öffentliche Sitzung des Ausländerbeirats. Die Genehmigung des Protokolls der 27. Öff. Sitzung wird von den anwesenden AB-Mitgliedern beschlossen.

TO-Punkt 2:

Mitteilungen

Frau Sabandar hat die Petition an den Petitionsausschuss des Hessischen Landtages in Wiesbaden geschickt. Es handelt sich um einen 20-jährigen Mann aus Äthiopien, der eine Ausbildung zum Bäcker in Butzbach macht. Im März 2013 musste er einen

überfallartigen Abschiebeversuch erleben, der aufgrund eines Zusammenbruchs in letzter Minute nicht durchgeführt werden konnte. Eine Einweisung in die Psychiatrie wegen massiver Retraumatisierung war dann zur Stabilisierung des jungen Mannes notwendig.

In der Petition haben wir das Bleiberecht für ihn gefordert.

Am 19. September findet in Bürgerhaus O-Karben das interkulturelle Fest. Frau Lenz wird zu Beginn ein Grußwort sprechen.

Am 9. September, beim Einschulungstag der KSS, hält Frau Sabandar ein Referat. Die Schulsozialarbeit hat sie darum gebeten.

TO-PUNKT 3: Berichte

3.1 Fachforum Seiteneinsteiger am 26.05.14 in Frankfurt am Main

- entfällt

3.2 Tagungs-Plenarsitzung am 15.06.14 in Bensheim

Hauptthema der Plenarsitzung ist die erste Zwischenbilanz der „Integrations- und Antiskriminierungspolitik des Landes Hessen 2014-2019“. Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind Ismail Tipi (CDU), Gerhard Merz (SPD), Barbara Cardenas (die Linke) und René Stock (FDP). Moderator ist Franco Foraci.

Folgende Fragen werden zu den nachfolgenden Themen gestellt:

- a) Flüchtlinge
- b) Salafismus
- c) Diskriminierung/Rassismus

Zum Thema Flüchtlinge sind sich die Parteien einig, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen müsse. Lediglich die FDP stellt die Bedingung, dass auch vor Ort den Ländern geholfen werden müsse. Die SPD fordert von EU die Regelung der gerechten Verteilung der Flüchtlinge. Die FDP und die SPD bemängeln die Tatsache, dass das Land Hessen eine ausreichende Kostenerstattung an die Kommune verweigert. Länder wie Serbien, Mazedonien und Bosnien werden als sichere Herkunftsländer bewertet, damit man die Flüchtlinge dort abschieben könne.

Zum Thema Salafisten fordert die CDU eine Verbesserung der Anerkennungskultur. 1200 Salafisten in Hessen dürfen nicht verharmlost werden. 600 hessische Jugendliche befinden sich an der syrischen Grenze. 45 junge Männer seien bereits gestorben. Die SPD plädiert für anständige Bedingungen mit einer Pädagogik, die auf Toleranz und Respekt aufgebaut ist. Dieses Konzept müsse in Schulen und Hochschulen fortgesetzt werden. Die FDP sieht die Diskussion um Salafismus als schädlich für die Integrationsdebatte. Instrumente wie im rechten Bereich: Beobachtung, Eindringen in die Szene und Ausstiegsprogramme müssen her.

Zum Thema Antidiskriminierung-Warum kein Integrationsministerium mehr: Lediglich die CDU bewertet die hessische Integrationspolitik als sehr gut. 60% der Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich in Hessen wohl und seien zufrieden. Die anderen Parteien sind der Meinung, dass keine Handlungen oder ein Konzept erkennbar seien. Empfehlungen der Enquetekommission Migration und Integration werden nicht umgesetzt. Es gebe einen Mangel an Bereitschaft, fraktionsübergreifend zu arbeiten und es fehle an politischen Gestaltungswillen.

3.3 Arbeitskreis Flüchtlinge am 24.06.14 in Friedberg

Einige Betreuer der Flüchtlinge berichten darüber, dass in Frankfurt und Friedberg Handys für 1 Euro an Flüchtlinge angeboten werden. Dazu müssten sie 3 Handyverträge abschliessen, die sie mangels Sprachkenntnissen den Inhalt nicht kennen. Groß war natürlich das Erstaunen über die Höhe der Summe. Diese Info soll bei den runden Tischen verbreitet werden.

Einige ehrenamtliche Betreuer stoßen mittlerweile an der Grenze ihrer Kräfte und Psyche. Sie stehen machtlos gegenüber all den Problemen, die von den Flüchtlingen herangetragen werden (Krankheit, Schicksale, Traumatik). Hier zeichnet es sich deutlicher, dass die Betreuer Supervision brauchen.

Andere berichten über massive Rückführung nach Italien (gemäß Dublin III).

Dazu wird vom Regierungspräsidium eine Maschine gechartert.

Von Kirchenasyl wird zunehmend Gebrauch gemacht.

3.4 Treffen Netzwerk Antidiskriminierung am 01.07.14 in Frankfurt am Main

Das Projekt läuft Ende Juli 2014 ab. Es gibt keine Gelder mehr aus Berlin. Der Projektleiter, Marc Noguera, beendet seine Tätigkeit zum 31. Juli 2014.

Marc spricht über manche Erfolge wie z.B die Fortsetzung des Netzwerkes auf Landesebene durch die hessische Landesregierung und über den Kopftuchfall in Darmstadt (eine türkische Frau mit Kopftuch dürfte nicht an dem Stepp-Aerobik Kurs der VHS teilnehmen, weil das Tragen des Kopftuches unhygienisch sei. Diese Frau beschwerte sich beim Netzwerk und mit Beratung und Unterstützung von Herrn Noguera ging sie vor Gericht und bekam Recht: sie darf mit Kopftuch an dem Stepp-Aerobik Kurs teilnehmen.

Was das Netzwerk nicht geschafft hat, ist die Präventionsarbeit. Herr Noguera hatte dazu die Zeit nicht gehabt und daher kein Konzept machen können.

Ulrike Foraci geht noch tiefer zurück:

- a) Für das Gleichstellungsgesetz gibt es bis dato keine Beratung.
- b) Ethnische Diskriminierung und Religionszugehörigkeit werden total ignoriert.

Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern ist nicht optimal gelaufen. Die Hauptamtlichen sind nicht bereit Mehrstunden zu leisten. Die Ehrenamtlichen haben keine Zeit, weil sie berufstätig sind.

Viele Einzelfälle waren sehr zeitintensiv, konnten aber bearbeitet werden.

Die Arbeit des Netzwerkes wurde von allen Seiten hoch geschätzt.

Bislang hat die Landesregierung die Finanzen für das Netzwerk noch nicht geklärt.

Ausser der Handlungsempfehlung von den Grünen gibt es kein Konzept.

Herr Noguera berichtet darüber, dass der Landkreis Gießen eine Ant-Diskriminierungsstelle bekommt, die über den Kreis für eine halbe Stelle finanziert wird.

Der Kreisausländerbeirat arbeitet sehr gut mit der Polizei zusammen.

Über die 2 Jahre waren die Terminierungen für die Treffen sehr schwierig.

Die Seite des Netzwerkes auf Facebook läuft sehr gut. Sie wird bundesweit von Lesben/Homos, ethnischen und religiösen Gruppierungen angeklickt.

Im kommenden September findet eine Pressekonferenz mit Frau Lüders statt.

Ulrike Foraci berichtet schliesslich, dass die agah weitere Treffen des Netzwerkes organisieren wird.

3.5 Schulung psychische Beratung am 04.07.-05.07.14 in Frankfurt am Main

Hauptsächlich wurde anhand von Fallbeispielen in Arbeitsgruppen gearbeitet. Es geht darum, dass man die Diskriminierung erkennt und sie benennt. Daraufhin kann man die Betroffenen weiter beraten ggf. einen Rechtsanwalt empfehlen.

Es wird über Beratungen gesprochen, in denen viele Betroffene sagen: Allein dadurch, dass ich in Ruhe erzählen kann, was mir passiert ist und Sie mit dem Kopf nicken, fühle ich mich wieder besser. Hier geht es auch um Würde.

Man lernt den Vorfall so detailliert wie möglich zu protokollieren und die zeitliche Abfolge des Geschehens zu notieren. Welche Indizien/Beweise liegen vor? Mögliche Zeugen? Das ist wichtig für eine eventuelle Klage.

Wir lernen Beschwerdebriefe zu schreiben.

3.6 agah Vorstandssitzung am 08.07.14 in Wiesbaden

Gesprochen wurde über die nächste Plenarsitzung in Oktober in Raunheim. Das Thema soll sein: Islamische Seelsorge in Hessen. Das Thema soll umfassend unter Einbeziehung verschiedener Beteiligten und Arbeitsebenen behandelt werden. Als Referenten sollen eingeladen werden die Muse e.V und Salam e.V.

Als prominente Gäste sollen eingeladen werden der Sozial- und Integrationsminister Grüttner und/oder Staatssekretär Dreiseitel.

Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen-das Projekt läuft Ende Juli 2014 ab. Der Projektleiter, Marc Noguera, beendet zum gleichen Datum seine Tätigkeit. Wie allgemein bekannt, wird die hessische Landesregierung die Arbeit übernehmen. Von Seiten des agah Vorstands wurde mit Hr. Dr. Kindermann betreffend eine eventuelle Weiterfinanzierung für das bestehende Netzwerk gesprochen, leider ohne Erfolg. Nach der Sommerpause werden Gespräche mit Ministerpräsident Bouffier und Hr. Beuth stattfinden. sowie mit dem Kultusminister Prof. Lorz. Themen werde u.A sein die Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte, die Antiskriminierungspolitik des Landes sowie Seiteneinsteiger (Flüchtlinge) und Schulbildung der Kinder mit Migrationshintergrund.

3.7 SPD-Gespräch am 09.07.2014 im hesischen Landtag in Wiesbaden

Der Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag , Hr. Schäfer-Gümbel, hatte zu einem ersten Gespräch zum Dialog über Flüchtlingsfragen eingeladen. Anwesend waren der Flüchtlingsrat, Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen, die agah, die Ahmadiyya Gemeinde.

Die Frage , wieviele Flüchtlinge Deutschland und damit auch Hessen aufnehmen soll und kann, für welche Dauer und unter welchen Bedingungen die Flüchtlinge aufgenommen, betreut und integriert werden sollen und können und schließlich auch die Frage, wer die Kosten tragen soll, sind die Themen der politischen Diskussion.

Herr Schäfer-Gümbel stellt die Frage im Raum: soll man erst die Finanzen regeln und dann die Aufnahme bzw. Betreuung der Flüchtlinge oder anders herum: erst die humanitäre Pflicht und dann die Finanzen. Alle waren sich einig über das Letztere.

Nach dem Konnexitätsprinzip erhält jeder Kreis 880 Euro pro Flüchtling. In der Praxis bekommt die Kommune 562 Euro pro Flüchtling.

Herr Schäfer-Gümbel fragt nach den Erfahrungen der Teilnehmer.

Die Kirchen betonen das große ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung. Was sie bemängeln ist, dass der Familiennachzug nicht so richtig funktioniert. Es sind noch 80.000 Anträge in Hessen zu bearbeiten. Es sind in der Hauptsache hier in Deutschland lebende Syrier, die ihre Familie hierher holen wollen.

Timo Scheerenberg vom Flüchtlingsrat bemängelt die Unterbringung der Flüchtlinge. Es gibt kaum noch soziale Wohnungen . Dazu kommt, dass auf ländliche Ebene viele Häuser leer stehen, aber die Eigentümer sich verweigern an Flüchtlinge zu vermieten. Die agah gibt zu bedenken, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge krank und traumatisiert ist. Auch durch die Sprachbarriere sind die Ärzte überfordert. Es müsste Geld bereitgestellt werden für Psychotherapeuten sowie für die psychische Begleitung der ehrenamtlichen Betreuer. Die Belastung beim Betreuen der Flüchtlinge ist zu groß.

Da es in dieser Thematik bei den politischen Parteien keinen Konsens gibt, möchte Herr Schäfer-Gümbel das Thema nicht parteipolitisch behandeln. In Bad Soden sei die Flüchtlingsfrage bei den kommunalen Politikern eskaliert. Für die nächste Sitzung soll der DGB, die Arbeitgeberverbände, die Zeitungsverleger sowie die DITIB mit dabei sein.

3.8 Berichte aus den Ausschüssen

Maria Wittich, Mirjana Radenkovic und Ekaterini Giannakaki berichten über die wichtigsten Themen von ihren jeweiligen Ausschüssen.

3.9 Nachschauung

3.9.1 Grundsteinlegung Ahmadiyya Gemeinde am 08.06.14 in O-Karben

Das AB-Mitglied Mirjana Radenkovic war bei der Grundsteinlegung der Ahmadiyya Gemeinde dabei. Sie überreichte Ihnen im Namen des Ausländerbeirates einen Apfelbaum. Das Oberhaupt der Gemeinde war aus London eingetroffen. Ca. 300 Gäste waren vor Ort anwesend.

3-9.2 Brasilianisches Junifest am 08.06.14 in Klein-Karben

Das traditionelle Junifest der brasilianischen Gemeinde war auch dieses Jahr sehr erfolgreich. Zahlreiche Besucher fanden sich in der St. Bonifatius Gemeinde ein. Die Gäste genossen die Auswahl der brasilianischen Spezialitäten. Das Fest dauerte an bis spät in die Nacht.

TO-PUNKT 4: Verschiedenes

Der Ausländerbeirat bekam eine Email vom Polizeipräsidium Mittelhessen in Friedberg betreffend eine Warnmeldung über Drohanrufe.

In den vergangenen Tagen erhielten mehrere in Deutschland lebende indische Staatsangehörige Drohanrufe von der Telefonnummer, die dem Bürgerservice des Bundesamtes zwar zugeordnet sei, sie stammen jedoch nicht vom Bundesamt. Technisch ist dies heutzutage leicht machbar. Die Anrufer geben sich als Mitarbeiter des Bundesamtes aus. Sie drohen den Angerufenen mit Abschiebung, sofern nicht umgehend ein bestimmter Geldbetrag überwiesen werde. Betroffen sind hauptsächlich Personen, die in Deutschland bei größeren Firmen arbeiten. Den Anrufern sind zahlreiche persönliche Daten der Angerufenen bekannt, insbesondere Passnummer, Visanummer, Telefonnummer, Arbeitgeber. Die Datenquelle konnte bisher nicht ermittelt werden. Es ist jedoch ausgeschlossen, dass die Daten vom Bundesamt stammen.

Residenzpflicht

Als eines der letzten Bundesländer hat Hessen am 18.12.2012 den Aufenthaltsbereich auf das Bundesland erweitert. Die Asylbewerber dürfen sich ohne Erlaubnis vorübergehend in Hessen aufhalten. Doch mit Verweis auf einigen Paragraphen können die Ausländerbehörden das Aufenthaltsrecht von Geduldeten auf dem Landkreis beschränken. Die Aufzählung der Ausnahmegründe ist lang:

- Verstoß gegen Mitwirkungspflichten
- In Frankfurt „Bezug öffentlicher Leistungen“
- Dublin-Fälle
- Geplante Abschiebungen etc.

In Fulda sind 168 Einschränkungen bei einer Zahl von 168 Geduldeten – Ende April 2014.

In den Landkreisen Limburg-Weilburg, Werra-Meißner, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg ist die Zahl der Beschränkungen sogar höher als die Zahl der Geduldeten – d.h. sie können sich gar nicht frei in Hessen bewegen.

gez. Jetty Sabandar
Vorsitzende

gez. Ekaterini Giannakaki
Schriftführerin